Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268, Kaden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonten: Sächsische Staatsbank, Dresden, Bank d. Arbeiter, Angestellten u. Beamten, AG., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.80 M. zuzügl. 40 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1.80 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2.50 M., abgehend Preissenkung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf. netto. Für Briefniederleg. 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 75 | Dresden, Donnerstag, den 31. März 1932 | 43. Jahrgang

Lebensmitteltumulte in Rußland

Plünderung von Läden – Verhaftungen

Kowno, 30. März. (TU.)

Im Zusammenhang mit dem Ansteigen der Lebensmittelpreise kam es in Leningrad zu Tumulten vor zahlreichen Geschäften, die zum Teil von der Arbeiterbevölkerung geplündert wurden. Mehrere Geschäfte der „Torgsin", die Gebrauchsgegenstände nur gegen Goldwährung verkauft, wurden gestürmt.

Die OGPU. hat im Zusammenhang mit der Plünderung von Zucker- und Buttergeschäften in Moskau und Leningrad etwa 150 Verhaftungen vorgenommen.

*

Diese Meldung, die von ernster Gärung im russischen Proletariat zeugt, kommt nicht überraschend. Die Teuerungswelle, die sich als Folge des Fortschreitens der Inflation über Rußland wälzt, drückt die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gewaltig herab. Die Löhne halten mit den Preisen nicht entfernt Schritt. Die Erbitterung richtet sich vor allem gegen die Einrichtungen, die geschaffen worden sind, um ausländische Valuta nach Rußland zu bringen. Der Haß gegen die Fremden, die verhältnismäßig glänzend versorgt werden, während der Arbeiter hungert, wird immer stärker. Das Stalinsche Experiment am lebenden Körper des russischen Volkes ist an einer gefährlichen Grenze angelangt!

*

Verbannt und – ausgebürgert

So ächtet Rußland die Sozialdemokraten!

D. Berlin, 31. März. (Eig. Funk.) Das Moskauer Zentralexekutivkomitee hat 37 politischen Emigranten das Sowjetbürgerrecht entzogen. Diese Maßregel trifft neben Trotzki fast ausschließlich Sozialdemokraten. Die Auslandvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands stellt dazu in einer Entschließung fest, daß die Ausgebürgerten sich nur deswegen im Ausland aufhalten, weil ihnen die Sowjetregierung die Grenzen der Union gesperrt und einige von ihnen gewaltsam verbannt hat. Die Auslandvertretung der Sozialdemokratischen Partei Rußlands brandmarkt den Versuch, die russischen Sozialdemokraten des Bürgerrechts zu berauben, als einen Akt wilder Barbarei und Willkür, wie sie sich in unseren Tagen nur der Faschismus leistet.

*

Der Diktator krank

Die Gesundheitspolitik Stalins

Ausländische Aerzte sind nach Moskau berufen worden, um dort ein Konsilium über Stalins Gesundheitszustand abzuhalten. Die Tatsache an sich steht fest, trotzdem dementiert die deutsche Sowjetpresse in aufgeregtester Form. Sie redet von Schwindelmeldungen, die „Unruhe und Unsicherheit verbreiten" und „unterminieren" sollen.

Was soll das heißen? Ist Stalin ein Uebermensch, daß ihm nicht eine Krankheit zustoßen könnte? Ganz ungewollt zeigt sich die deutsche Sowjetpresse wieder einmal in der Pose, die ihr am gewohntesten ist: auf dem Bauche vor Stalin rutschend, um ihm die Reiterstiefel zu küssen. Wieso müßte eine ernstliche Erkrankung Stalins „Verwirrung schaffen" und „unterminieren"? Das hat nur Sinn, wenn zugegeben wird, daß in Rußland nicht das Proletariat regiert, nicht die russische Kommunistische Partei, sondern das persönliche Regiment Stalins! Da haben sich die Stalin-Knechte in der deutschen Sowjetpresse selbst verraten!

In ihren aufgeregten Dementis erzählt die deutsche Sowjetpresse von den Aufgaben, die die ausländischen ärztlichen Spezialisten in Moskau zu erfüllen hätten. Wir lesen:

> „Tatsache ist, daß die Sowjetregierung von Staats wegen immer wieder ihre Funktionäre und besonders die alten Bolschewiki, die ihre Gesundheit in den Kerkern des Zarismus verbrauchten, nicht nur von inländischen, sondern auch von ausländischen medizinischen Autoritäten untersuchen läßt."

Dazu nur eine Bemerkung! Wer nicht vor Stalin auf dem Bauche rutscht, erhält überhaupt keine ärztliche Versorgung, selbst wenn er ein alter Bolschewik ist und seine Gesundheit in den Kerkern des Zarismus verbraucht hat. So ging es dem ersten Sowjetbotschafter in Berlin, Joffe. Es wurden ihm in sadistischer Quälerei Aerzte und Medikamente entzogen, weil er zu Trotzki hielt. Stalin wollte ihn verrecken lassen. Joffe erschoß sich. Stalin beruft aber ein ganzes Konsilium ausländischer Spezialisten für seine eigene werte Gesundheit.

Der Vorfall ist lehrreich. Er zeigt, daß Stalin ein Mussolini in rot ist. Er enthüllt ein persönliches Regiment, einen neuen Zarismus. Und die Aufregung der Sowjetpresse in Deutschland lehrt, daß die Kommunisten wissen, daß unter Stalins Stiefel Empörung und Unzufriedenheit in Rußland grollen! Welcher deutsche Arbeiter will noch auf Stalins Stiefellecker in Deutschland hereinfallen?

Was lehrt die Röhm-Affäre?

Der Nationalsozialismus – ein Sammelbecken Krankhafter und Homosexueller

Von einem Nervenarzte wird uns geschrieben:

Im nationalsozialistischen Lager häufen sich die Fälle geschlechtlicher Entartung, die an die Oeffentlichkeit dringen. Der Fall Röhm gibt Anlaß, das Problem der Homosexualität auf seine Verwandtschaft mit der Organisation der Braunhemden hin anzusehen. Sexualneurotiker, die wie die Homosexuellen die Neigung haben, sich heimlich zusammenzufinden und ihren perversen Liebesmarkt zu organisieren, finden in Organisationen von der Art des Nationalsozialismus ein geradezu ideales Betätigungsfeld. Der homosexuelle Offizier — in der alten Armee offiziell verfemt — entdeckt in der auf Führerhörigkeit und -willkür aufgebauten SA.-Armee eine ideenähnliche Atmosphäre, die ihn, den Ausgestoßenen, wieder erhebt und ihm unerhörte Gelegenheiten auch auf sexuellem Gebiete verspricht und eröffnet.

Denn der Nationalsozialismus selbst ist eine Bewegung mit homosexuellem Charakter, ganz abgesehen davon, daß der Fachmann in ihr fast sämtliche Elemente und Abarten sexueller Perversionen vom Fetischismus bis zum Sado-Masochismus entdecken kann. Die Betonung der Männerbewegung, der Schein der Uebermännlichkeit, der Führerkult, die Bindung an den Führer, die Entwertung der Frau, die Hemmungslosigkeit des Ausdrucks, die Neigung zur sadistischen Quälerei wehrloser Menschen — alles Erscheinungen, die in den meisten Fällen zum Wesen der Homosexualität gehören. Dazu kommt, daß bei allen sexuellen Verirrungen die häufige Verbindung miteinander auffällt und auch die Homosexualität gewöhnlich mit anderen Formen der Sexualpathologie und -kriminalität, namentlich dem Sadismus und Masochismus, einhergeht. Gerade aber dieser sado-masochistische Komplex widerspiegelt sich in der Hitler-Röhm-Bewegung mit geradezu verblüffender Eindeutigkeit. Wo statt Hingabe an sachliche Leistung ein Götzendienst stattfindet, treffen sich Sadisten und Masochisten: Menschen, die Lust, sexuelle Lust empfinden, wenn sie andere erniedrigen und vergewaltigen, Menschen, die in Rausch versetzt sind, wenn sie selbst erniedrigt und vergewaltigt werden.

Böte der Nationalsozialismus ausgewachsenen Sexualneurotikern nur einen Unterschlupf, Homosexuellen eine Organisation, Sexualschwächlingen eine Ersatzbefriedigung, dann könnte man einer solchen Sammlung krankhafter und lebensschwacher Elemente mit einer gewissen Gelassenheit zusehen. Aber die Hitler-Röhm-Organisation ist nicht nur Sammelbecken, sie stellt vielmehr einen Nährboden von ungeheurer Ansteckungsfähigkeit für die an sich schon gefährdete Jugend dar. Das deutsche Volk ist mit weit über 1 Million seelisch-abnormen Menschen belastet; bei einem großen Prozentsatz der Geisteskranken, Psychopathen und Neuropathen stehen sexuelle Irrungen, hemmungslose Triebe im Vordergrund. Unsere Jugend ist besonders anfällig für seelisch-abnorme Entwicklung. Bisher konnten wir mit brauchbaren und weniger brauchbaren Maßnahmen unter Aufwendung außerordentlicher Geldmittel die Flut der Seelisch-Abnormen ein-

Hugenbergs Sammel[illegible]

Hugenberg hat dieser Tage den bürgerlichen Parteien einen Sammlungsvorschlag für die bevorstehenden Wahlkämpfe gemacht; er offerierte ihnen eine Art Listenverbindung, bei der alle Reststimmen den deutschnationalen Listen zugute kommen sollten. Dafür wollte Hugenberg den oder jenen Vertreter der übrigen bürgerlichen Parteien auf die oder jene deutschnationale Liste setzen oder später nachrücken lassen.

Hugenberg hat sich mit diesem Versuch, „die bürgerliche Welt zu sammeln", zwischen alle Stühle gesetzt. Von allen Seiten hagelt es nur so Absagen. Der Landvolkführer Dr. Gereke erklärt, es sei vollkommen unmöglich, auf Hugenbergs Offerte einzugehen. Der zweite Reichsführer des Christlichsozialen Volksdienstes, Hülser, betont, daß Hugenbergs Bedingungen für Parteien, die sich nicht schon zu 99 Prozent aufgegeben hätten, unannehmbar seien. Es handle sich um einen Stoß, der in den Reihen der Mittelgruppen von neuem Verwirrung und Unsicherheit hervorrufen solle. Die Deutsche Volkspartei sagt: Wenn Hugenberg als Sammlungspolitiker ernst genommen werden wolle, müsse er schon ein weniger parteiegoistisches Angebot machen. Ueber den Verbleib der volksparteilichen Stimmen brauche sich Hugenberg keine Sorge zu machen. Im übrigen müsse er selber mit dem Verlust der Hälfte der deutschnationalen Mandate rechnen. Er sei also kaum in der Lage, anderen Parteien S[illegible] versprechen.

Hugenberg wird also [illegible] den Seinen ausmachen mü[illegible]

Duesterberg [illegible]

Halle, 30. März. [illegible] Führertagung des St[illegible] Präsidentschaftskandida[illegible] Gründe für seinen [illegible] Verhandlungen, so f[illegible] Kandidatur der Har[illegible] Reichspräsidente[illegible] und Außenministers, sondern [illegible]ministerium für sich gefordert. Zu allem [illegible] nur die Wehrmacht habe man nicht politi[illegible], weshalb er, Duesterberg, schweren Herzens die Kandidatur übernommen habe. Da die Stahlhelmbundesleitung den Ausgang des zweiten Wahlganges als feststehend ansehe, gebe sie die Abstimmung frei. Nach den Preußenwahlen wolle sich der Stahlhelm wieder ganz aus der Tagespolitik zurückziehen.

Duesterberg hätte es auch so ausdrücken können: Wir wollen den Nazis das Wehrministerium nicht geben, weil wir Deutschnationalen die wahre Hitler-Diktatur nicht wollen. Die „Harzburger Front" ist nicht wahr!

Klagges haßt pflichttreue Beamte

M. Braunschweig, 31. März. (Eig. Funk.) Nazi-Klagges setzt seinen Verfolgungsfeldzug gegen republikanische Polizeibeamte rücksichtslos fort. So hat er jetzt ein Disziplinarverfahren gegen den Polizeimeister Hardt angestrengt. Hardt ist 1. Vorsitzender des Braunschweigischen Polizeibeamtenverbandes. Er hat als einziger Beamter den ihm von Klagges vorgelegten Revers nicht unterschrieben, nachdem er nicht mehr Mitglied des Landesverbandes sei. Klagges gibt als Grund für das Disziplinarverfahren an, daß Hardt die kommunistischen Zersetzungsbestrebungen innerhalb der braunschweigischen Polizei gefördert habe, weil er als 1. Vorsitzender des Landesverbandes der Polizeibeamten zugelassen habe, daß zur Generalversammlung des Verbandes neben anderen Parteivertretern auch ein Vertreter der KPD. eingeladen worden sei. Weiter ist der Polizeiwachtmeister Eime aus der braunschweigischen Polizei entlassen worden, weil er eine abfällige Aeußerung über die Nationalsozialisten gemacht haben soll. Dies wird von Eime aber energisch bestritten, sie könnte ihm auch nicht nachgewiesen werden. Sein Einspruch bei Klagges blieb erfolglos. Nachdem Eime sich zur Hamburger Schutzpolizei gemeldet hatte, wurde Braunschweig von Hamburg um Auskunft über Eime ersucht. Die braunschweigische Polizei teilte durch ihren nationalsozialistischen Kommandeur Selle mit, daß „Eime starke Bindungen zur KPD. habe". Diese Behauptung ist unwahr. Eime hat nie Beziehungen zur KPD. gehabt. Das Ersuchen der Hamburger Polizei, ihr die Personalakten zur Einsicht zur Verfügung zu stellen, lehnte die braunschweigische Polizei ab. Man kann der braunschweigischen Polizei in diesem Falle den Vorwurf machen, daß sie unwahre Auskunft gegeben hat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19320331/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG